

Die „Deutschsprachigen“:

„Wir sind vielleicht die letzten wirklichen Belgier“

Gisbert Kuhn

Wenn Freddy Derwahl an seinem Gartenzaun steht, blickt er weit ins eigene Land – und doch sprachkulturell in die Fremde, in die frankophone Wallonie. Knappe 200 Meter von seinem malerischen alten Bauernhaus am westlichen Stadtrand der ostbelgischen 17 000-Seelen-Stadt Eupen ragt zudem ein weißer Stein mit der Aufschrift 1892 auf. Solche Zeichen finden sich hier häufig in der Region zwischen Aachen und dem Großherzogtum Luxemburg, zwischen dem flachen Gelände der Provinz Limburg und dem Übergang von den Ardennen zur Eifel. Rund hundert Jahre, vom Wiener Kongress bis 1918, symbolisierten sie die Grenze zwischen den preußischen Rheinprovinzen und dem Königreich Belgien. Durch den Friedensvertrag von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg wurde das 852 Quadratkilometer große Gebiet den Belgiern zugeschlagen – und mit ihm wurden es seine Bewohner.

Das Selbstverständnis einer nationalen Minderheit

Heute leben dort rund 71 000 Menschen; nicht ganz so viele wie etwa in der Opel-Stadt Rüsselsheim. Davon gut 11 000 Deutsche, die auf dem billigeren Baugrund ihre Häuser errichtet haben. Auf den ersten und auch zweiten Blick ein glückliches Fleckchen Erde. Das sagen auch jene, die ansonsten wenig gemeinsam haben, wie der Eupener Rundfunkjournalist und Buchautor Freddy Derwahl und der sozialdemokratische Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz: „Wir

sind überzeugte Belgier und wollen es bleiben. Weil es uns ein wunderbares Leben garantiert.“ Ein eigener Ministerpräsident für eine nationale Minderheit, die in eine mittelgroße Stadt passen würde? Das gibt es tatsächlich, und keineswegs nur das. Die am Ende des ersten Völkermordens des vorigen Jahrhunderts vor allem auf französisches Betreiben von Deutschland abgetretenen, so genannten Ostkantone um Eupen im Norden und St. Vith im Süden besitzen im Königreich der Flamen und Wallonen ein anderswo kaum vorstellbar hohes Maß an Selbstständigkeit. Völlige kulturelle Autonomie mit Deutsch nicht nur als Hauptsprache an den Schulen, sondern auch als Muttersprache. Ein eigenes Parlament mit Regierungschef und drei Ministern. Alleinige Zuständigkeiten für Arbeitsverwaltung und Denkmalschutz. Dazu noch einen eigenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie mit dem „Grenz-Echo“ eine deutschsprachige Zeitung. Und dies, obwohl das Gebiet seit den 1920 in Kraft getretenen Regeln des Versailles-Vertrages staatsrechtlich Teil der französischsprachigen Wallonie ist.

Nach dem Wegfall der Schlagbäume

Kein Wunder, dass sich die „Ostbelgier“ mittlerweile gern in dem Ruf sonnen, die „bestgeschützte Minderheit“ auf der Welt zu sein. Ja nicht wenige behaupten sogar in einer Mischung von Stolz und Ironie. „Wir sind vielleicht die letzten wirklichen Belgier.“ Das gilt, natürlich,

den Dauerquerelen zwischen den beiden großen Nationalitäten im Mehrvölkerstaat (Flamen und Wallonen) sowie den immer wieder daraus erwachsenden, seit der Umwandlung des früher französisch-zentralistisch organisierten Belgien in einen eher nach deutschem Muster geformten Föderalstaat sogar erkennbar zunehmenden Spaltungstendenzen. Grund genug also für Ruhe und Zufriedenheit wenigstens im wald- und ackerreichen Landstrich zwischen Luxemburg und holländischer Südost-Grenze? Vordergründig gäbe es in der Tat ausreichend Ursachen dafür. Die Wirtschaft in der Region brummt. Die Arbeitslosigkeit liegt, nach den statistischen Kriterien der EU, nahe an der Vollbeschäftigung. Das Eupener Arbeitsamt sucht bereits dringend qualifizierte Fachkräfte. Nicht zuletzt mithilfe einer eigenen Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft siedeln sich immer mehr vor allem mittelständische Betriebe an. Sie schätzen nicht nur die günstigen Steuerbedingungen in Belgien, sondern auch die Tatsache, dass die Menschen an der Grenze sowohl über eine hervorragende Ausbildung verfügen als auch darüber hinaus in aller Regel mehrere Sprachen beherrschen – neben dem Deutschen das Französische und Niederländische sowie meistens noch das Englische. Längst hat sich hier der einstige große Nachteil der trennenden Grenzlage durch den Wegfall der Schlagbäume und als Folge des gemeinsamen EU-Markts in einen unschätzbaren Vorteil verwandelt.

Anbindung versus Souveränität

Und doch gärt es seit einiger Zeit spürbar. Der Grund heißt „Identität“. Und der besitzt seit dem Sommer auch einen sichtbaren Ausdruck: einen Autoaufkleber mit den Buchstaben „DG“. DG ist die Abkürzung von „Deutschsprachige Gemeinschaft“. Dies wiederum ist die sprachpolitische „Brücke“ für jenen hoch

komplizierten und vermutlich auch nur in Belgien denkbaren verfassungstechnischen Kompromiss, mit dem den „Germanophones“ im Lande einerseits Souveränität garantiert wird und sie dennoch gleichzeitig weiterhin an das Bundesland Wallonien gebunden werden. Denn dass die Frankophonie die Deutschsprachigen im Zweifel an der Kandare halten, zeigte sich nach den letzten Landtagswahlen in Belgien. Damals bestand die sozialistische Mehrheitspartei des Bundeslandes Wallonien darauf, dass in der „DG“ nicht der christdemokratische Wahlsieger ins Eupener Ministerpräsidentenamt rückte, sondern dieses – spiegelbildlich zur wallonischen Situation – mit dem erst an Nummer drei rangierenden Sozialisten Karl-Heinz Lambertz besetzt wurde.

Streben nach Eigenständigkeit

Doch – Ironie der Geschichte – ausgerechnet der sorgt nun schon seit Wochen für Ärger bei seinen Freunden in Namur, aber auch für Kümmernis bei nicht wenigen der „Deutschsprachigen“. Geradezu symbolhaft wieder der Autoaufkleber „DG“. Denn dieser wird vor allem auf Geheiß des Regierungschefs von den Eupener Behörden kostenlos an alle Haushalte im Ländchen verteilt. Und zwar als erklärte Demonstration des Willens, innerhalb des belgischen Staatsgefüges eine noch stärkere eigenständige Rolle sogar mit dem Fernziel spielen zu wollen, irgendwann ein völlig separates Bundesland innerhalb Belgiens zu werden. Relativ unbestritten ist dabei in der Öffentlichkeit die auch von allen Parteien getragene Forderung, der wallonischen Landesregierung in Namur zusätzliche Kompetenzen abzutrotzen. Zum Beispiel für die kommunale Selbstverwaltung, die Landwirtschaft und den Straßenbau. Doch an einem darüber hinausgehenden Vorstoß des Ministerpräsidenten Lambertz scheiden sich vehement die Geister

– nämlich sowohl darüber eine Volksabstimmung abzuhalten als auch über die Frage „Was ist eigentlich unsere Identität, und bis wohin soll unser Weg der Autonomie führen?“.

Die politische Stimmung, aber auch die im privaten Freundeskreis ist ziemlich aufgeladen. Daran ist freilich auch der wallonische Ministerpräsident Jean-Claude Van Cauwenberghe nicht schuldlos. Verärgert und verunsichert durch die tatsächliche oder vermeintliche Loslösungstendenz der Deutschsprachigen Gemeinschaft, titulierte er die Menschen dort erst unlängst wieder als „Wallonen“, „die halt eben Deutsch sprechen“. Dies stimme natürlich nicht, protestieren einhellig Lambertz und sein schärfster Widersacher, der Rundfunkredakteur Freddy Derwahl. Schließlich sei man weder durch Sprache noch durch gemeinsame Kultur, noch durch einheitliche Geschichte miteinander verbunden. Dennoch halten Kritiker den von Lambertz eingeschlagenen Kurs für gefährlich. Hier werde „ohne Not ein Streit um einen kafkaesken Kleinstaat mit eigenen Hoheitsrechten entfacht“, moniert Derwahl. „Es gibt hier nach den Irrungen und Wirrungen unserer Geschichte, viermaligen Wechseln der Zugehörigkeit im zwanzigsten Jahrhundert und schlimmen Zeiten in der Zwischen- und Nachkriegszeit eine tiefe Sehnsucht nach Versöhnung zwischen der deutschen Muttersprache und dem belgischen Vaterland.“ Nachdem man endlich dort angekommen sei, „darf

man sich doch nicht selbst in einen nationalen Kaninchenstall sperren“.

Ein „wunderbares europäisches Modell“

Im Gespräch mit dem Autor einer ganzen Reihe von Büchern spürt man rasch, wie sehr Derwahl seine Heimat und die Menschen liebt – und wie sehr er zugleich daran leidet. An dieser „kleinen Welt des Schweigens“, das sich immer ausbreite, wenn irgendetwas faul sei in der scheinbar so heilen Welt. Vor Jahren hatte sich Derwahl keineswegs nur Freunde gemacht, als er aufdeckte, wie die in Düsseldorf ansässige rechtslastige „Hermann-Niermann-Stiftung“ Verbindungen zu einflussreichen Ostbelgiern knüpfte. Er war auch beteiligt daran, dass die Machenschaften des aus Eupen stammenden und in Lüttich zum Generalanwalt aufgestiegenen Juristen Fritz-Joseph Schmitz ans Tageslicht kamen, der – bei stillschweigendem Wissen praktisch der ganzen Bevölkerung – jahrelang Schweigegelder kassierte und zudem noch weitgehend die Eupener Politik bestimmte. Aber er sagt auch: „Wir leben hier in einem wunderbaren europäischen Modell. Die Nähe zur und die Verbindung mit der Wallonie ist für uns keine Belastung, sondern in Wahrheit eine zusätzliche Öffnung, die uns die Brückenfunktion zu Deutschland erst ermöglicht.“ Das dürfe nicht dadurch infrage gestellt werden, „dass jetzt plötzlich wieder ein sehr deutsches Lied angestimmt wird“.

In der Abseitsfalle

„Der deutsche Kanzler hat in der Irak-Frage ausschließlich als Innen- und Parteipolitiker agiert. Als er sich auf das Nein gegen jede, auch UN-gestützte Militäraktion festlegte, bestand keinerlei außenpolitische Notwendigkeit, sich zu dieser Frage abschließend zu äußern. Anlass, sich zu äußern, gaben allein die Umfragewerte für die eigene Partei kurz vor dem Wahlkampfauftakt. Sie waren schlecht und reflektierten die innenpolitische Lage.“

Hans-Ulrich Klose am 14. Februar 2003 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung